

Beschluss

## **Für die Wiederherstellung der Vernunft in der Integrationspolitik**

Jetzt ist auch die Kanzlerin auf den rechtspopulistischen Geisterzug aufgesprungen, der seit einigen Wochen durchs Land fährt – Multikulti sei gescheitert, so Angela Merkel. Was hierzulande fast unterging, hat in anderen Staaten die Frage aufgeworfen, ob Deutschland nach Jahren gesellschaftlicher Öffnung wieder in die überwunden geglaubten ideologischen Schützengräben und die integrationspolitische Steinzeit zurückkehrt.

Ein Blick in die 1950er Jahre reicht, um zu erkennen, wie sehr sich unser Land gewandelt hat. Der Weg zurück führt direkt in eine Zeit, als katholisch-protestantische Ehen für manche ein Übel und sexuelle Beziehungen zwischen Männern per Gesetz strafbar waren. Erst unter Rot-Grün hat sich Deutschland unter anderem mit der Einführung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts geöffnet und modernisiert, wurde mit der politischen Lebenslüge aufgeräumt, Deutschland sei keine Einwanderungsgesellschaft. Wir waren es, die gegen den erbitterten Widerstand der unionsgeführten Bundesländer den überfälligen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik eingeleitet haben – wir haben den Rechtsanspruch, aber auch die Teilnahmepflicht für Integrationskurse eingeführt.

Heute wird erregt über die Erkenntnis des Bundespräsidenten diskutiert, dass der Islam inzwischen Teil Deutschlands ist – dabei waren dieselben Worte 2006 noch als überfällige Einsicht gewürdigt worden, als Wolfgang Schäuble damit die Deutsche Islamkonferenz eröffnete. Es geht der Union offensichtlich um den verzweifelt Versuch, sich populistischer Rhetorik zu bedienen, um die eigenen Reihen zu schließen und das Siechtum als Volkspartei auf Kosten des gesellschaftlichen Fortschritts aufzuhalten.

### **Republikanismus statt Leitkultur**

CDU/CSU kramen aus ihrer programmatischen Mottenkiste wieder die deutsche Leitkultur. Als ob die Zeit stehen geblieben wäre, offenbaren die Unionsparteien ihr ethnisch-kulturelles Nationalverständnis. Die Forderung nach Anpassung oder Unterordnung an eine diffuse deutsche Leitkultur lehnen wir entschieden ab. Wir Grüne stehen für eine republikanische Integration in unsere Gesellschaft unter dem Dach unseres Grundgesetzes.

Es muss einen Grundbestand an geteilten Überzeugungen und Grundwerten geben, der die Gesellschaft zusammenhält und Integration leitet. Es geht nicht darum, nur auf Paragraphen zu verweisen. So ist die Kenntnis der deutschen Sprache von grundlegender Bedeutung, da sonst eine Beteiligung am öffentlichen Leben und an der demokratischen Bearbeitung von Konflikten auf Augenhöhe kaum möglich ist. Doch müssen diese geteilten Überzeugungen explizit aus den universellen Werten der Menschenrechte, verkörpert in unserem Grundgesetz, abgeleitet werden und nicht aus einer nebulösen deutschen Leitkultur. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist für uns nichts spezifisch deutsches – sie gilt für uns universell.

In einer Gesellschaft, die ihre Grundrechte ernst nimmt, sollte der jeweils Andere daher zuallererst als möglicher Staatsbürger mit identischen Rechten und Pflichten wahrgenommen werden – ungeachtet seiner Herkunft, Religion oder Weltanschauung. Es ist gerade diese republikanische und im Sinne der Aufklärung auf individuellen Rechten und Pflichten beruhende gegenseitige Anerkennung, die in einer heterogenen Gesellschaft auch die Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen erzeugen kann. Auf dieser Grundlage kann Integration in das Gemeinwesen gefördert und dann auch gefordert werden.

## **Die Integrationspolitik der Bundesregierung führt zurück in die Vergangenheit**

Diese Bundesregierung hat in der Integrationspolitik nichts Handfestes zu Wege gebracht. Die Integrationsgipfel sind reine Symbolpolitik mit unverbindlichen Absichtserklärungen. Während Vizekanzler Guido Westerwelle Geringverdiener gegen Arbeitslose aufhetzte, Ministerpräsident Horst Seehofer deutschstämmige Arbeitslose gegen qualifizierte Zuwanderer ausspielt und die Kanzlerin offensichtlich zur deutschtümelnden Monotonie mit überkommenen Rollenbildern und Moralvorstellungen zurück möchte, in der sie selbst nie zur Kanzlerin und der FDP-Vorsitzende nie Außenminister geworden wäre, erleben wir derzeit einen atemberaubenden integrationspolitischen Rollback.

Diese neu entfachte Integrationsdebatte wird vorwiegend defizitorientiert geführt, differenziert argumentierende Politikerinnen und Politiker oder Integrationsexperten werden als naive „Gutmenschen“ abgekanzelt, vorhandene Lösungsvorschläge für zweifellos vorhandene Probleme bleiben dabei auf der Strecke. Der Verweis auf soziale Ursachen wird als übertriebene politische Korrektheit abgetan. Die Bundesregierung und Teile der Boulevard-Medien unternehmen gezielt eine Grenzverschiebung in der öffentlichen Debatte und befördern eine Spaltung der Gesellschaft in „Wir“ und „Die“. Menschen werden bloß aufgrund ihrer Herkunft und Religion ausgegrenzt, es wird ihnen pauschal die Fähigkeit zur Teilhabe am demokratischen Gemeinwesen abgesprochen.

Die bei vielen Menschen vorhandene Verunsicherung wird so nicht nur fahrlässig vergrößert, es entsteht zugleich ein gefährlicher Nährboden für rechte Stimmungsmache, die unsere Demokratie gefährdet. Laut einer aktuellen Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung sprechen sich 24% der Befragten für eine Diktatur mit völkischer Begründung in Deutschland aus. Die Feindseligkeit gegenüber Muslimen ist der Studie zufolge besonders ausgeprägt: 58% sind der Ansicht, dass ihre Religionsfreiheit erheblich eingeschränkt werden sollte. Auch die jüngsten Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien mit islamfeindlicher Agenda in europäischen Staaten sind ein eindringliches Signal. Islamfeindlichkeit zeigt sich in stigmatisierenden Zuschreibungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Herkunft bzw. Gruppenzugehörigkeit. Das Deutsche Institut für Menschenrechte weist darauf hin, dass eine Analogie besteht zu rassistischen Stereotypen, in denen Menschen auf eine biologisch oder kulturell definierte Herkunftsgruppe reduziert und in negativer Weise mit ihr in Verbindung gebracht werden.

Die vom Kabinett beschlossene Verschärfung der Sanktionen für so genannte Integrationsverweigerer ist bloß symbolisch und dient ebenfalls nur dazu, Stimmungen zu bedienen. Wer seiner verpflichtenden Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen aus eigenem Verschulden nicht nachkommt, kann schon längst beim Aufenthaltsstatus und bei Ansprüchen auf Sozialleistungen sanktioniert werden. Diese Maßnahmen wurden bereits von der rot-grünen Bundesregierung beschlossen.

Ohne jede quantitativ nachvollziehbare Grundlage diffamiert die CSU eine Million MigrantInnen pauschal als angebliche Integrationsverweigerer und behauptet der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bundesweit würden 40% aller zur Teilnahme an Integrations-

kursen verpflichteten MigrantInnen dieser Aufforderung nicht nachkommen während die Bundesregierung selbst zugeben muss, dass sie gar keine belastbaren Kenntnisse über Abbrecherquoten bei den Sprachkursen hat und mögliche Gründe zudem von Krankheit, Schwangerschaft, Arbeitsaufnahme bis zu vorsätzlicher Verweigerung reichen können.

Tatsächlich werden bis zum Ende des Jahres 2010 rund 700.000 MigrantInnen an den Integrationskursen teilgenommen haben, die Mehrheit davon freiwillig. Die Integrationskurse sind eine Erfolgsgeschichte. Doch diese Bundesregierung hat es zu verantworten, dass teilnahmewilligen MigrantInnen derzeit der Zugang zum Integrationskurs verwehrt wird, weil nicht genügend Plätze zur Verfügung stehen. Schwarz-Gelb erhöht vorhandene Integrationshürden anstatt sie abzubauen. Voraussichtlich erst Ende 2011 werden die Haushaltsmittel – nach gravierenden Kürzungen unter Schwarz-Rot – wieder da angelangt sein, wo sie unter Rot-Grün schon waren.

### **Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe**

Für uns Grüne ist Integration ein Prozess hin zu einem Leben im Rahmen des rechtlichen Systems, mit sozialer Chancengleichheit und in kultureller Selbstbestimmung. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in unserem Land. Es geht uns um Einheit in der Vielfalt unter dem Dach des Grundgesetzes. Weder reduzieren wir Menschen auf ihre Herkunft, Religion und Weltanschauung, noch dulden wir einen kulturellen Relativismus, der die Menschenrechte in Frage stellt. Rassismus und Menschenfeindlichkeit, gleich welcher Couleur, treten wir strikt entgegen. Integration in die Gesellschaft verstehen wir als einen Prozess, der zu gleichberechtigter Teilhabe im geltenden rechtlichen Rahmen führt. Politik muss diese Integration zur Teilhabe aktiv befördern, Integrationshürden abbauen und auf dieser Grundlage auch Anstrengungen von MigrantInnen einfordern. Wir Grüne wenden uns gegen einen staatlichen Zwang zur Assimilation – verteidigen aber das individuelle Recht darauf.

Die aktuelle Debatte macht zugleich deutlich, wie schwierig der Umgang mit Vielfalt für einen Teil der Bevölkerung offenbar ist und sich das Zusammenleben in einigen Bereichen problematisch gestaltet. Das "Aushalten" von Verschiedenheit im Rahmen der Menschenrechte gehört zum Repertoire einer modernen Gesellschaft. Gelingen kann das Zusammenleben jedoch nur, wenn sowohl bei Menschen deutscher als auch nicht-deutscher Herkunft die Bereitschaft zur Verständigung und Veränderung vorhanden ist. EinwandererInnen betrifft dies in noch höherem Maße, da sie sich durch die Ankunft in einer neuen Gesellschaft größeren Veränderungen stellen müssen.

### **Es gibt eine Vielfalt der Lebenswelten – auch bei Migrantinnen und Migranten**

Heute leben fast 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Viele betrachten sich selbst aber gar nicht als MigrantInnen, gerade wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Das gilt auch für jene, die allein aufgrund ihres Namens oder Herkunftslandes der Eltern oder Großeltern im Alltag zu Muslimen gemacht werden, obwohl sie diesen Aspekt nur als einen oder überhaupt keinen Teil ihrer Identität betrachten. Ferner fühlt sich wohl nur ein Viertel der in Deutschland lebenden Muslime von den vier großen islamischen Verbänden überhaupt vertreten, daneben gibt es die große Mehrheit unabhängiger Muslime. Die öffentliche Diskussion um Integration und Muslime würde erheblich an Qualität gewinnen, wenn diese lebensweltlichen Realitäten durch Pauschalisierungen nicht immer wieder ignoriert würden.

Dann wird deutlich, was etwa die SINUS-Studie „Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“ bestätigt: Die Milieus der aufnehmenden Gesellschaft und der MigrantInnen gleichen sich an. Es gibt in Deutschland viele erfolgreiche Biographien von MigrantInnen und integrationsorientierte Milieus. Es gibt aber auch ein sozial und kulturell isoliertes Milieu, in dem patriarchalische Werte vermittelt und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen

missachtet werden, in dem Menschen anderer Herkunft und Religion feindselig begegnet wird. Damit können und wollen wir uns nicht abfinden. Es muss klar sein: Wer selbstbestimmt hier leben will, muss auch anderen das Grundrecht auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit zugestehen, gleich, ob es sich um die eigene Tochter oder den schwulen Nachbarn handelt. Bei der Akzeptanz der Grundrechte und der Freiheit anderer gibt es für uns Grüne keinen kulturellen Rabatt.

### **Integration findet vor Ort statt**

Die Kommune ist der Ort, wo Integration und Teilhabe tatsächlich stattfindet und gelingen muss. Vor Ort – und nicht in aufgeregten Talkshows – werden die wichtigen Grundlagen für die Identifikation mit dem Gemeinwesen gelegt. Hier, im Zusammenleben, in Vereinen, durch die gemeinsame Nutzung öffentlicher Einrichtungen und die demokratische Auseinandersetzung mit lokalen Konflikten, entsteht Heimat.

Die Erfolge und Probleme im Zusammenleben werden in der Gemeinde oder im Stadtteil direkt spürbar. Dies gilt gerade dann, wenn MigrantInnen sich räumlich auf bestimmte Stadtteile und Quartiere konzentrieren. Selbständige UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund gewährleisten in diesen Stadtteilen häufig erst die Versorgung mit Dienstleistungen und Gütern. Mit dieser Segregation einher geht jedoch oftmals auch eine Konzentration von Arbeitslosigkeit und Armut. Gerade diese Gebiete müssen daher gezielt in den Fokus integrationspolitischer Maßnahmen gerückt werden, damit sie nicht zur Sackgasse für die Bewohnerinnen und Bewohner werden. Deshalb dürfen die für den Integrationsprozess in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf notwendigen Mittel in dem von Rot-Grün initiierten Bundesprogramm „Soziale Stadt“ nicht gekürzt werden. Hier spart die Bundesregierung eindeutig am falschen Ende.

Besonders relevant für die soziale Mischung ist die Schulsituation vor Ort. Sie ist mitentscheidend für die Frage, ob die Mittelschicht und bildungsorientierte Familien, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, im Stadtteil verbleiben, und ob mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund höherwertige Schulabschlüsse erreichen. Deshalb müssen gerade Schulen in benachteiligten Stadtteilen pädagogisch besonders attraktiv und personell gut ausgestattet sein. Die Vermittlung der Werte unseres Grundgesetzes im Sinne einer Erziehung zur Demokratie muss im Interesse der Kinder und Jugendlichen Priorität bekommen. Wir müssen unsere Bildungseinrichtungen befähigen, kreative und moderne Konzepte umzusetzen im Kampf gegen Einstellungen und Weltbilder, die mit unserem Grundgesetz nicht in Einklang stehen.

Die Eltern müssen in den Integrationsbemühungen einbezogen werden, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden können, ihre Kinder auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen. Den Selbstorganisationen von MigrantInnen kommt eine wichtige Rolle zu, um Eltern in direkter Ansprache die Anliegen von Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Bildung zu vermitteln. Der immer wiederkehrende Ruf nach Sanktionen nützt nichts bei Eltern, die selbst bildungsfern und daher mit den Erfordernissen der Erziehung in der Wissensgesellschaft überfordert sind. Sie verfügen oftmals nicht über das soziale und kulturelle Kapital, um ihre Kinder entsprechend zu fördern. Entscheidend ist: Die mögliche Bildungsferne der Eltern darf nicht zum unüberwindlichen Hindernis für den Bildungsaufstieg des Kindes werden.

### **Wir fordern:**

- ◆ **Bildung stärken:** Laut PISA-Studie sind rund 20% aller 15jährigen quasi Analphabeten und nach der Schule nicht ausbildungsreif. Bundesweit hat ein Arbeiterkind gegenüber einem Akademikerkind auch bei gleicher Intelligenz und Lernvermögen eine fast fünfmal geringere Chance, ein Gymnasium zu besuchen. Wer Bildungsarmut und Fachkräftemangel verhindern und ungleiche Chancen ausgleichen will, muss Kinder früh und konsequent fördern – und sie nicht aussortieren, wie es heute in unserem Schulsystem der Fall. Gerade in benachteiligten Stadtteilen brauchen wir die besten Kindertagesstät-

ten und Schulen, die besten ErzieherInnen und LehrerInnen und eine Zusammenarbeit mit MigrantInnen, die Vertrauen auf beiden Seiten genießen, auf die Eltern einwirken und den Kindern und Jugendlichen als Vorbild dienen können. Hier ist es besonders wichtig, auch Männer mit Migrationshintergrund für diese Berufe zu werben. Wir brauchen eine interkulturelle Ausbildung der LehrerInnen und ErzieherInnen, eine aktive und offene Antidiskriminierungsarbeit an Schulen, die Sexismus, Antisemitismus, Homophobie und Rassismus entgegenwirkt – egal von wem diese Ausgrenzung ausgeht. Was möglich ist, zeigt ausgerechnet die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln, die 2006 als „Inbegriff der verkommenen Hauptschule“ bezeichnet wurde, während sie heute durch finanzielle und pädagogische Anstrengungen als Vorzeigeschule gilt.

- ◆ **Integration durch Arbeit fördern:** Neben den Bildungseinrichtungen ist die Arbeitswelt der wichtigste Integrationsmotor, nicht nur für MigrantInnen. Auch ist Ausbildung eine der Antworten auf Fachkräftemangel. Wir fordern eine grundlegende Reform der beruflichen Ausbildung, die es auch benachteiligten Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund ermöglicht, einen beruflichen Abschluss zu machen – anstatt Zeit in sinnlosen Warteschleifen zu vergeuden, deren Kosten auf bis zu sechs Milliarden Euro jährlich geschätzt werden. Hierfür haben wir das Konzept DualPlus vorgelegt. Laut Bundesagentur für Arbeit hat jeder vierte ALG-II-Bezieher mit Migrationshintergrund einen im Ausland erworbenen Berufs- oder Hochschulabschluss: Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf ein zügiges Verfahren zur Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen und einen Abbau des Nachrangigkeitsprinzips für MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt. Der Öffentliche Dienst in Deutschland ist de facto eine Parallelgesellschaft: Die systematische Öffnung der Verwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund ist längst überfällig. Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei Arbeitsförderungsmaßnahmen müssen zurückgenommen werden. Schutz vor Diskriminierung darf nicht nur auf dem Papier stehen: Der von der OECD nachgewiesenen Diskriminierung von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland muss von Politik und Arbeitgebern aktiver entgegengetreten werden.
- ◆ **Rassismus und Demokratiefeindlichkeit bekämpfen:** Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit reichen bis weit in die Mitte der Gesellschaft und müssen entschieden entgegen getreten werden. Dazu braucht es eine aufgeklärte und zivilisierte politische Kultur, aber auch entsprechend ausgerichtete Förderprogramme des Bundes. Diese Bundesprogramme müssen gestärkt und der Zugang für Initiativen erleichtert werden. Erziehung zur Demokratie muss eine zentrale Aufgabe unserer Bildungseinrichtungen sein. Eine konsequente Antidiskriminierungspolitik ist Voraussetzung für Chancengerechtigkeit. Wir wollen Vielfalt als Ressource in unserer Gesellschaft und in unserer Partei weiter verankern und dafür sensibilisieren
- ◆ **Einbürgerung erleichtern:** Die Einbürgerungszahlen sind im Keller. Deutschland nimmt es in Kauf, dass das vorhandene Einbürgerungspotenzial im Land kaum ausgeschöpft wird. Wir wollen die Einbürgerung in Deutschland erleichtern, auch durch die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit. Schon heute darf fast jeder zweite Eingebürgerte je nach Herkunftsland seinen früheren Pass behalten. Dieses Einbürgerungsrecht erster und zweiter Klasse muss dringend korrigiert werden. Die Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht muss abgeschafft werden. Es stärkt nicht die Bindung der jungen Menschen an unser Land, sondern stellt diese vielmehr in Frage. Ein wichtiger Schritt, um die politische Teilhabe zu fördern, ist die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen.

- ◆ **Integrationskurse ausbauen:** Die Nachfrage nach Teilnahme an Integrationskursen übersteigt das Angebot. Integrationskurse müssen angemessen ausgestattet werden, damit alle teilnahmewilligen MigrantInnen einen Platz erhalten und den Kurs erfolgreich abschließen können.
- ◆ **Kettenduldungen beenden:** Unter uns leben immer noch rund 90.000 Geduldete in einer rechtlichen Grauzone: Rechtlich geduldet, aber ohne legales Aufenthaltsrecht, zwei Drittel länger als sechs Jahre. Viele von ihnen sind Kriegsflüchtlinge, die kein Asyl erhielten, aber nicht abgeschoben werden können. Inzwischen sind diese Menschen faktisch Inländer und haben sich in der Regel in Deutschland integriert. Dies gilt erst recht für die hier geborenen und aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen – für sie ist Deutschland ihr Zuhause. Wir fordern eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung und eine sichere Zukunftsperspektive für diese Menschen. Auch wenn in einigen Bundesländern derzeit die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und Geduldeten gelockert werden, so ist es an der Zeit, die Residenzpflicht bundeseinheitlich und vollständig abzuschaffen.
- ◆ **Islam gleichstellen:** Unser Grundgesetz garantiert Muslimen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichberechtigt individuelle und kollektive Religionsfreiheit. Wir verteidigen dieses Recht und treten Islamfeindlichkeit entschieden entgegen. Zugleich begreifen wir die islamischen Organisationen schon heute als Teil der deutschen Zivilgesellschaft und verbinden unsere Unterstützung für die Gleichberechtigung mit der Erwartung, dass sie sich aktiv für die umfassende Geltung der Grundrechte einsetzen – dazu gehört das Recht, einen Glauben zu haben ebenso wie das Recht, keinen Glauben zu haben. Die Religionsfreiheit des Grundgesetzes findet ihre Schranken dort, wo andere Grundrechte berührt oder eingeschränkt werden. Dieses Prinzip muss anerkennen, wer selbst Anerkennung verlangt.